



Volker Schnurrbusch anlässlich der Forderung des Bauernverbandes nach einer „Diskussion über Perspektiven der Landwirtschaft“:

„Unsere Landwirte brauchen eine echte Perspektive – das Agrardiktat aus Brüssel muss ein Ende haben“

Kiel, 2. Juli 2020 **Die Bauern in Schleswig-Holstein leiden zunehmend unter einer Überregulierung ihrer Arbeit durch die EU, einer rasant anwachsenden Bürokratisierung und einem negativen Image ihres Berufsstandes in der Öffentlichkeit. Der Bauernverband fordert angesichts dieser von vielen Bauern als verfahren empfundenen Situation eine „Diskussion über die Perspektiven der Landwirtschaft“ ein. Volker Schnurrbusch, agrarpolitischer Sprecher der AfD-Fraktion, erklärt dazu:**

„Die Bauern in Schleswig-Holstein haben tatsächlich einen schweren Stand: Besonders negativ wirkt sich die Regulierungswut der EU zunehmend auf die Arbeit und wirtschaftliche Existenz unserer Landwirte aus. Das Agrardiktat aus Brüssel mit immer neuen Düngemittel- und Nutztierhaltungsvorschriften, stellt immer mehr Landwirte vor die Frage: weiter investieren oder aufgeben?

Eine Debatte über die ‚Perspektiven der Landwirtschaft‘ ist angesichts dessen tatsächlich sinnvoll und geboten – weshalb sie von der AfD schon lange mit konkreten Lösungsvorschlägen zur Verbesserung der Situation unserer hiesigen Betriebe neu angeschoben wird. Wir treten insbesondere dafür ein, dass die Agrarpolitik mehr in nationale Verantwortung gelegt wird, weg von dem linksgrünen Elfenbeinturm in Brüssel, aus dem unsere Landwirte mit immer neuen Regeln gegängelt und bevormundet werden.

Unsere Landwirte brauchen – und verdienen – zuallererst Vertrauen. Generalverdächtigungen, überbordende Bürokratie und Richtwerte, die nicht nachvollziehbar sind, Beispiel Nitrat, sind weder angemessen noch hilfreich. Sie beschädigen lediglich einen Berufsstand und dessen Produkte, die für das Flächenland Schleswig-Holstein, den Erhalt unserer Kulturlandschaft und eine ortsnahe Versorgung unserer Bevölkerung mit Lebensmitteln von großer Bedeutung sind.

Hier kann und muss die Landesregierung mehr tun, als nur für die Verteilung von EU-Ausgleichsgeldern zu sorgen, EU-Vorschriften durchzureichen und den Träumereien des grünen Koalitionspartners von einer bio-ökologischen Landwirtschaft nachzugeben.



Jamaika muss vielmehr für attraktive Rahmenbedingungen sorgen, die es insbesondere Junglandwirten ermöglichen, den Familienbetrieb zu übernehmen, statt ihn aufzugeben. Hierzu gehört auch, die wichtige und gute Arbeit, die unsere Landwirte täglich leisten, als solche wertzuschätzen.

Die AfD-Fraktion wird hierfür gerne weiterhin Jamaika ein Vorbild sein und weiter agrarpolitische Anträge einbringen, die die Situation der Landwirte in Schleswig-Holstein verbessern.“